

»Meine
Meinung
zählt!«



»Hingehen und mitreden!«

Herausgeber:
Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz
Wallstraße 3
55122 Mainz
Telefon: 06131 - 16 0
Telefax: 06131 - 16 35 95
E-Mail: poststelle@ism.rlp.de

Redaktion:
Dr. Frank Heuberger, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; Eric Schaefer, Pressesprecher
des Ministeriums des Innern und für Sport (verantwortlich); Hubert Stubenrauch, Referatsleiter
Kommunales Verfassungsrecht des Ministeriums des Innern und für Sport; Dirk Kron, cg konzept –
Büro für Planungskommunikation, Freiburg; Doris Banzhaf, Redaktionsbüro, Freiburg;
Volker Klemm, com.plot, Mainz

Texte: Doris Banzhaf, Redaktionsbüro, Freiburg

Satz, Layout und Gesamtherstellung: com.plot, Agentur für Kommunikation, Mainz

© Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, April 2008

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerkongresse,



ich freue mich sehr, dass Sie sich dafür entschieden haben, an den Bürgerkongressen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz teilzunehmen. Sie nutzen damit die Gelegenheit, Ihre Wünsche und Vorschläge, Ihre Kritik und Perspektiven für eine zukunftsfähige Verwaltung in unserem Land einzubringen. Und genau darauf kommt es uns in den Bürgerkongressen an, auf Ihre Erfahrungen, Ihren Sachverstand und Ihre Meinung.

Die verstärkte Beteiligung der Menschen in Rheinland-Pfalz an Entscheidungen, die sie und die Zukunft unseres Landes betreffen, ist seit Jahren ein wichtiges Anliegen unserer Politik. Dabei geht es zugleich um die Förderung und Entwicklung einer gesellschaftlichen Kultur des Miteinanders. In diesem Prozess wachsen allen Beteiligten – den Bürgerinnen und Bürgern, den gemeinnützigen Organisationen und Verbänden, der Verwaltung und der Politik – neue Verantwortung und neue Rollen zu. Diese Leitvorstellung des gemeinsamen Planens und Entscheidens soll auch die in den nächsten Jahren anstehende Reform unserer Kommunal- und Verwaltungsstrukturen prägen.

Die Weiterentwicklung und Optimierung der bestehenden Strukturen ist insbesondere aufgrund demografischer Veränderungen und den damit verbundenen Herausforderungen in unserem Land ein wichtiger und notwendiger Schritt. Wie eine moderne und effiziente Verwaltung in Zukunft aussehen soll, ist aber nicht nur eine Frage, über die politische Mandats- und Funktionsträger beraten und entscheiden sollen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv an der Reformdiskussion beteiligen.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich für diese wichtige Aufgabe Zeit nehmen und wünsche Ihnen auf den Bürgerkongressen spannende Diskussionen mit fruchtbaren Ergebnissen, Spaß an den Begegnungen mit anderen interessierten Bürgerinnen und Bürgern und nicht zuletzt Freude an der Erfahrung, die Zukunft unseres Landes mitzugestalten.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'K. Beck'.

Kurt Beck

Ministerpräsident

INHALT

- Seite 3** Bürgerkongresse: Das Moderationsteam informiert
- Seite 6** Ein Tag Bürgerkongress: Der Ablauf im Überblick
-
- Seite 8** Die Kommunal- und Verwaltungsreform:
Beweggründe und Ausgangslage
- Seite 16** Die Sicht der Landesregierung:
Beitrag von Karl Peter Bruch, Minister des Innern und für Sport
- Seite 18** Expertensicht „Verwaltungsreform geht jeden an“:
Gespräch mit Prof. Dr. Jan Ziekow, Deutsche Hochschule für
Verwaltungswissenschaften in Speyer
- Seite 22** Die wissenschaftliche Begleitung:
Politikwissenschaftler der Universität Koblenz-Landau begleiten
und bewerten die Bürgerbeteiligung
-
- Seite 23** Ihre Ansprechpartner
- Seite 24** Anfahrt zu den Veranstaltungsorten
- Seite 26** Ihre weiteren Notizen
-

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerkongresse,



Christine Grüger, Dirk Kron und Gisela Beck

wir freuen uns sehr, dass Sie einen ganzen Tag lang die Chance wahrnehmen, gemeinsam mit anderen Bürgerinnen und Bürgern über die künftige Verwaltung in Rheinland-Pfalz nachzudenken.

Unsere Aufgabe als Moderationsteam ist es, dafür zu sorgen, dass am Ende des Bürgerkongresses nicht bloß „über vieles geredet“ wurde, sondern konkrete Botschaften an die Landesregierung stehen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir herausfinden, wie eine bürgernahe Verwaltung der Zukunft für Rheinland-Pfalz aussehen kann.

Wir sind dabei für den Veranstaltungsablauf und eine gute Arbeitsatmosphäre verantwortlich. Das heißt, wir sorgen für strukturierte Arbeitsphasen, klare Arbeitsaufträge, Spielregeln für das gemeinsame Arbeiten und für die Pausen zwischendurch. Unsere Aufgabe ist es, Sie zu unterstützen, Ihre Meinungen und Ideen auszutauschen, zu ordnen und zu einem gemeinsamen Ergebnis zu bündeln. Unser Moderationsteam besteht aus vier Köpfen, Christine Grüger, Gisela Beck, Angela Lühtrath und Dirk Kron. Für die Dokumentation der Ergebnisse unterstützt uns Doris Banzhaf. Wir können gemeinsam auf ergebnisreiche Moderationsprozesse in unterschiedlichen Städten, Regionen und Organisationen zurückblicken. Die Arbeit mit großen Gruppen hat dabei ihren besonderen Reiz.

Was haben wir vorbereitet für die Bürgerkongresse in Rheinland-Pfalz?

Der vorliegende Materialienband soll Ihnen einen ersten Einstieg in die Materie „Kommunal- und Verwaltungsreform“ geben und Sie anregen, sich in das Thema hineinzudenken. Weitere Informationen erhalten Sie direkt beim Bürgerkongress: Hier geben Vertreter der Landesregierung unmittelbar Informationen über die Ziele der Kommunal- und Verwaltungsreform, und Sie können gezielt nachfragen. Dann sind Sie gefragt: Welche Erfahrungen machen Sie mit Verwaltung – ob auf der lokalen Ebene im Rathaus, bei der Kreisverwaltung oder bei den Landesbehörden und Ministerien? Wie erleben Sie Verwaltung? Was stört Sie? Was finden Sie gut? Was klappt Ihrer Erfahrung nach, worauf können Sie sich verlassen? Dies alles werden Sie in kleinen Gruppen mit jeweils acht Teilnehmenden erarbeiten. So kommen alle zu Wort.



Angela Lüchtrath wird Sie am Morgen des Bürgerkongresses als erste begrüßen und Ihnen Ihr Namensschild aushändigen.

Nach einer Kaffee-/Teepause wird es einen Beitrag von Herrn Professor Ziekow von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer geben. Als Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für Öffentliche Verwaltung beschäftigt er sich intensiv mit dem Thema. Hier im Materialienband finden Sie als Vorge-schmack ein Interview mit ihm. Professor Ziekows Vortrag wird Ihnen Anregungen und Ideen liefern, mit denen Sie weiterarbeiten können. Nach der Mittagspause können Sie in neuen 8er Gruppen über folgende Fragen diskutieren: Wie sieht eine bürgernahe Verwaltung von morgen aus Ihrer Sicht aus? Was ist Ihnen wirklich wichtig? Was soll sich ändern, was soll bleiben, wie es ist? Wir sind sehr gespannt auf Ihre Ideen und Vorschläge.

Gestärkt durch einen Nachmittagskaffee werden die letzten zwei Stunden der Veranstaltung dazu dienen, die „Kernbotschaften“ herauszuarbeiten: Was möchten Sie als Botschaften an die Politik weiterleiten?

Was geschieht mit den Ergebnissen?

Wir werden die Ergebnisse dokumentieren und auswerten. Kurzfassungen finden Sie etwa eine Woche nach dem Kongress im Internet unter www.buergerkongresse.rlp.de

Ende Juli werden alle Kongressergebnisse gebündelt und Ihnen zugesandt.

Die Ergebnisse fließen in die Beratungen der Landesregierung für ein Leitbild der Verwaltung von morgen ein, das dann schrittweise Wirklichkeit werden soll – mitsamt Ihren Beiträgen.

Wie können Sie sich vorbereiten?

Zur Vorinformation erhalten Sie diesen Materialienband mit einigen wichtigen Eckpunkten der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Alles, was darüber hinaus für gute Ergebnisse der Bürgerkongresse wichtig ist, wird gemeinsam vor Ort im Dialog erarbeitet. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer bringt dabei ihre oder seine Perspektiven mit, Erfahrungen aus Ausbildung, Beruf, Alltag und mit der Verwaltung im Land. Ein Hinweis noch: Das Wort „Kongress“ könnte Sie auf die falsche Spur locken. Sie brauchen weder Vorträge zu halten noch müssen Sie stundenlang Präsentationen zuhören. Kommen Sie einfach mit der Bereitschaft und der Lust auf einen ergebnisreichen Dialog.

Was ist wichtig mitzubringen?

Packen Sie eine Portion Neugierde ein, eine Prise guter Laune und Vorfreude auf etwas Besonderes. Und bitte vergessen Sie nicht, diesen Materialienband mitzubringen.

Ein Hinweis zum Schluss

Zeit ist etwas sehr Kostbares. Wir freuen uns sehr, dass Sie Zeit in gute Ideen für eine „Verwaltung von morgen“ investieren wollen. Wir werden uns in der Moderation bemühen mit Ihrer Zeit sehr sorgsam umzugehen. Daher eine Bitte vorab: Helfen Sie uns pünktlich zu beginnen, damit wir die Veranstaltung auch pünktlich um 18 Uhr mit guten Ergebnissen beenden können.

Wir freuen uns sehr darauf, Sie kennen zu lernen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Moderationsteam

cg konzept

Büro für Planungskommunikation

Wer ist cg konzept?

Wir sind ein Moderationsbüro aus Freiburg und haben vielfältige Erfahrungen mit Partizipationsprozessen, auch in Rheinland-Pfalz kennen wir uns gut aus. Neben der Moderation verwalten wir auch Ihre Anmeldeinformationen, die nach Abschluss der Bürgerkongresse sofort gelöscht und nicht an Dritte weitergegeben werden. Wenn Sie sich über uns informieren möchten, schauen Sie doch mal auf unsere website: www.cg-konzept.de.

Bei den Bürgerkongressen sind wir für Sie da:

- Dirk Kron ist Organisationsentwickler und Kommunalberater, Moderator und Mediator, spezialisiert auf Großgruppenmoderationen.
- Gisela Beck ist Sozialökonomin, Organisationsentwicklerin, Coach und gleichfalls Moderatorin in Großgruppenmoderationen.
- Christine Grüger ist Raumplanerin und Beteiligungsfachfrau, Moderatorin und systemische Beraterin.
- Angela Lühtrath ist zuständig für das Veranstaltungsmanagement. Die Diplom-Forstwirtin arbeitet außerdem als Co-Moderatorin mit.
- Doris Banzhaf ist Redakteurin und unterstützt uns dabei, die Ergebnisse der Kongresse zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ein Tag Bürgerkongress: der Ablauf im Überblick

*HINWEIS: Zeitliche Verschiebungen innerhalb
des Tagesablaufs sind möglich.*

Ab 9.00 Uhr *Ankommen bei Tee/Kaffee*

10.00 Uhr **Begrüßung und Einführung**
durch Ministerpräsident Kurt Beck
bzw. Innenminister Karl Peter Bruch

Orientierung

Das Moderationsteam erläutert den Tagesablauf,
Ziele und Spielregeln

10.30 Uhr **Arbeitsphase 1:**
Verwaltung in Rheinland-Pfalz:
Mich stört, mich freut...!
Dialog in 8er Gruppen – eine Wandzeitung entsteht

11.30 Uhr *Pause*

11.50 Uhr **Austausch: Die wichtigsten Ergebnisse
der ersten Arbeitsphase**

12.15 Uhr **Fachimpuls:**
**Prof. Dr. Jan Ziekow, Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung Speyer,**
spricht über den Weg zur Verwaltung der Zukunft
„Nachgefragt“: Diskussion

13.00 Uhr *Mittagessen*

Die Kommunal- und Verwaltungsreform: Beweggründe und Ausgangslage

Welche Gründe hat die Landesregierung, nun alle Verwaltungsebenen von den Ministerien bis zu den Städten und Gemeinden in den Blick zu nehmen? Schließlich hat sie vor rund zehn Jahren bereits die mittlere Verwaltungsebene im Land umgestaltet: Aus den drei Bezirksregierungen wurden eine landesweit und zwei regional tätige Direktionen gebildet; daneben wurden verschiedene Landesbetriebe geschaffen.

Warum also eine Kommunal- und Verwaltungsreform? Und was alles verbirgt sich hinter diesem Begriff? Das wird Ihnen im Folgenden erläutert. Ebenfalls erläutert wird die Ausgangslage: Wie funktioniert Verwaltung heute in Rheinland-Pfalz? Die kommunalen Strukturen im Land sind teilweise bundesweit einzigartig und durchaus vielfältig. Vielleicht haben Sie durch Umzüge schon verschiedene kennen gelernt?

Die Texte sollen Ihnen Anregungen geben. Vielleicht haben Sie manches bislang auch ganz anders betrachtet, als es hier dargestellt wird. Bitte, notieren Sie sich alle diese Aspekte hier in diesem Materialienband und bringen Sie ihn zum Bürgerkongress mit. Wir haben absichtlich viel Platz für Ihre Notizen gelassen. Denn: Ihre Meinung zählt!

Fitnessprogramm für die Verwaltung

Die Verwaltung im Land Rheinland-Pfalz soll sich fit machen – zum Beispiel für künftige Herausforderungen wie den so genannten demografischen Wandel.

Denn er bedeutet, dass die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner sinken, die Zahl der Jüngeren abnehmen und die Zahl der Älteren deutlich zunehmen wird. Landesweit sind regional sehr unterschiedliche demografische Veränderungen zu erwarten. Infolge der demografischen Entwicklung müssen die Infrastrukturen – zum Beispiel Schwimmbäder, Kindergärten, Nahverkehr – angepasst werden. Teilweise werden sie nicht mehr im bisherigen Umfang gebraucht. Andererseits werden vorhandene Infrastrukturen künftig möglicherweise für andersartige Nutzungen benötigt. Das heißt, um im Fitnessbild zu bleiben: Da verliert das Land Rheinland-Pfalz Muskulatur und will deshalb neue Bewegungsabläufe ausprobieren, damit das fehlende Muskelpaket nicht den ganzen Körper lähmt.

Die Anpassung – also der Aufbau neuer Stärken – ist auch notwendig, weil sich die öffentlichen Aufgaben wandeln: Manches gewinnt an Bedeutung, zum Beispiel auch deshalb, weil die Europäische Union oder der Bund neue Regelungen verabschieden – wie im Umweltschutz (Feinstaub in der Luft). Die Bewältigung von Kriegslasten (zum Beispiel Kriegsopferfürsorge) hat dagegen rückläufige Bedeutung.

Fit machen soll sich die Verwaltung aber auch vor dem Hintergrund neuer technischer Möglichkeiten. Wie beim Ski-Flug oder im Speerwurf entscheidet eben nicht nur die körperliche Fitness, sondern auch das Material über die Leistungsfähigkeit der Sportler. Übertragen

Die Verwaltungsstrukturen heute

Auf Landesebene steuern die Ministerien der Landesregierung das Geschehen in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus gibt es aber eine Vielzahl von Landesbehörden, die meist hochspezialisiert sind oder Fachleute zu bestimmten Themenfeldern bündeln. Die früheren Bezirksregierungen gibt es nicht mehr. Einige Landesbehörden arbeiten seit der Neuorganisation der Landesverwaltung (Januar 2000) als wirtschaftlich eigenständige Betriebe.

Landesbehörden sind beispielsweise:

- die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier
- die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz
- die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt/Weinstraße
- das Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation, Koblenz
- das Landeshauptarchiv, Koblenz
- das Landesmedienzentrum, Mainz
- der Rechnungshof Rheinland-Pfalz, Speyer
- das Landeskriminalamt, Mainz
- das Statistische Landesamt, Bad Ems.

Im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform wird auch die Landesebene noch einmal unter die Lupe genommen: Gibt es Aufgaben, die sinnvollerweise an die kommunale Ebene abgegeben werden sollten?

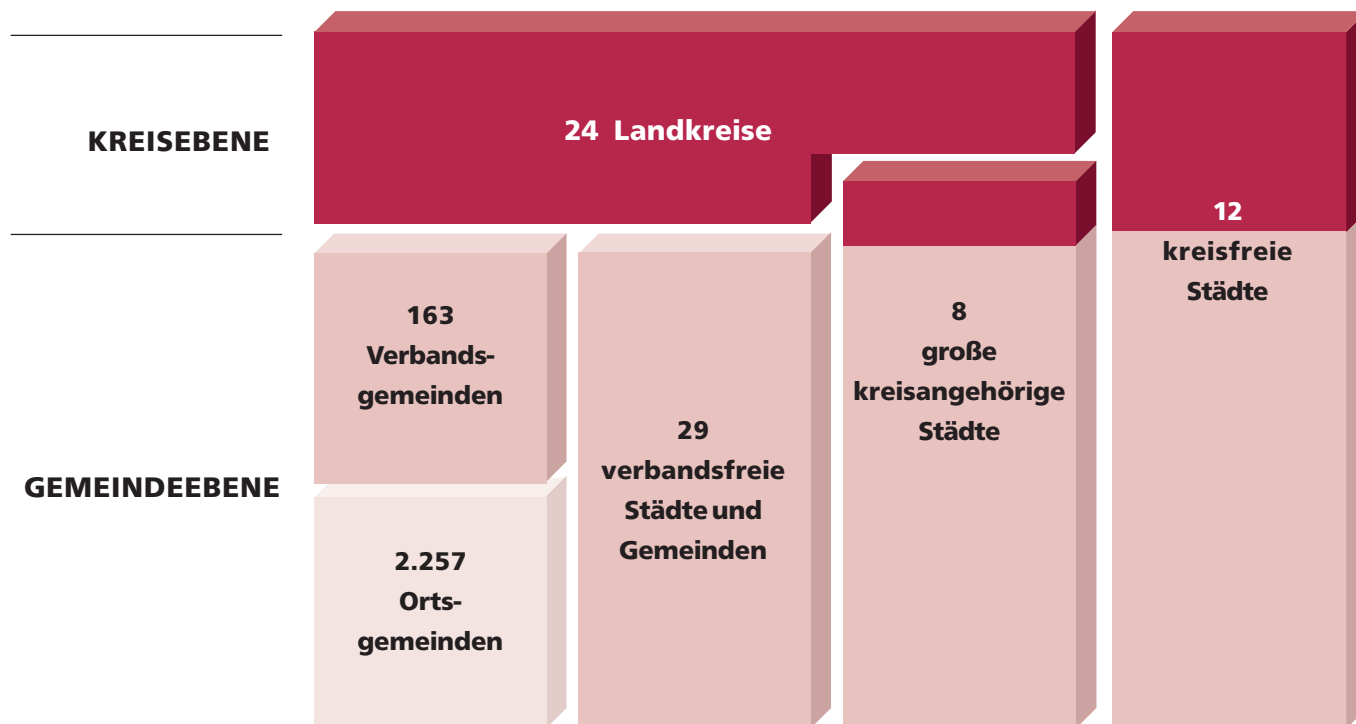
Schon heute sind die Verwaltungsebenen miteinander verschränkt. In Deutschland und gerade in Rheinland-Pfalz verwalten die Kommunen sich zu einem erheblichen Anteil selbst. Zum anderen übernehmen sie aber auch so genannte Auftragsangelegenheiten. Das heißt: Sie erfüllen staatliche Aufgaben für das Land.

Was diese Verschränkung der Verwaltungsebenen angeht, werden immer wieder zwei Verwaltungsprinzipien genannt: das Konnexitätsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip.

Was bedeutet das:

Das **Konnexitätsprinzip** verknüpft die kommunale Aufgabenwahrnehmung und eine Finanzierung der Erledigung dieser Aufgaben. Das heißt: Das Land kann den Kommunen Verwaltungsangelegenheiten übertragen, dann muss es aber auch die Kosten für diese Auftragsverwaltung übernehmen. Dieses Konnexitätsprinzip soll die Kommunen davor schützen, dass die vom Land übertragenen Aufgaben eine Kommune übermäßig finanziell belasten. In Rheinland-Pfalz ist dieses Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert.

Das **Subsidiaritätsprinzip** betont die kommunale Selbstverantwortung vor staatlichem Handeln auf höheren Ebenen. Das heißt: Gilt es eine öffentliche Aufgabe zu lösen, soll zunächst die niedrigste Gliederung ran, also die Verwaltungsebene, die den Menschen oder der



DIE KOMMUNALEN EBENEN IN RHEINLAND-PFALZ: In den kreisfreien Städten werden alle kommunalen Aufgaben wahrgenommen, alle übrigen kommunalen Körperschaften übernehmen jeweils Teile der kommunalen Aufgaben. Prägend sind jedoch besonders die Größenunterschiede innerhalb der jeweiligen Gruppen (mehr dazu auf Seite 14).

In den kreisfreien Städten werden alle kommunalen Aufgaben wahrgenommen, oder anders gesagt: Kreisfreie Städte haben alle Aufgaben zu erledigen, die in Rheinland-Pfalz den Kommunen zugeordnet sind. In den 24 Landkreisen ist das anders. Dort nimmt der Landkreis einen Teil der Aufgaben wahr. Anderes erledigen innerhalb des Landkreises die großen kreisangehörigen Städte, die verbandsfreien Städte und Gemeinden, die Verbandsgemeinden und die Ortsgemeinden.

Welche Aufgaben hat welche kommunale Ebene, und wie wird sie politisch geführt?

Die **kreisfreien Städte** werden von einem Stadtrat mit 40 bis 60 Mitgliedern gelenkt. An dessen Spitze steht der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin, der oder die gleichzeitig die Stadtverwaltung leitet. Der Stadtrat

wird alle fünf Jahre gewählt, das Stadtoberhaupt – ebenfalls direkt durch alle Wahlberechtigten – alle acht Jahre. Die Verwaltung der kreisfreien Stadt nimmt alle kommunalen Aufgaben wahr. Das heißt, es findet keine Aufgabenverteilung auf unterschiedliche kommunale Ebenen statt, wie sie im Folgenden für die übrigen Kommunen dargestellt ist.

Da sind zunächst die **Landkreise**. Ihnen sind Aufgaben zugewiesen, für die die Größe und Verwaltungskraft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie Verbandsgemeinden nicht ausreicht:

- Abfallwirtschaft
- Trägerschaft von Gymnasien, Berufsbildenden Schulen und Förderschulen
- Kreisstraßen
- Sozialhilfe
- Jugendhilfe
- Rettungsdienst.

Diese Aufgaben gehören zu den Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Hinzu kommen auch freie Selbstverwaltungsangelegenheiten, z. B.

- Musikschule
- Volkshochschule
- Wirtschaftsförderung
- Museen.

Doch die Landkreise und auch die kreisfreien Städte müssen mehr tun: Sie erfüllen auch staatliche Aufgaben für das Land. Das sind also Aufgaben, die das Land vor Ort besser aufgehoben sieht, die aber im Landesinteresse sind und nach Vorgaben des Landes erledigt werden:

- Bauaufsicht
- Gesundheitsamt
- Veterinärwesen
- Lebensmittelkontrolle
- Ausländerbehörde
- Immissionsschutzrecht (Luftreinhaltung)
- Straßenverkehrsrecht, Kraftfahrzeug-Zulassung, Führerscheinwesen
- Naturschutz, Landespflege
- Denkmalschutz
- Waffen-, Jagd- und Fischereirecht.

Der Landkreis hat einen Kreistag mit 38 bis 50 Kreistagsmitgliedern. Sie werden auf fünf Jahre gewählt. An der Spitze jeder Kreisverwaltung steht eine Landrätin oder ein Landrat, die oder der direkt auf acht Jahre gewählt wird.

Große kreisangehörige Städte sowie verbandsfreie Städte und Gemeinden – in Rheinland-Pfalz sind dies nur 37 – nehmen alle Aufgaben der Gemeindeebene wahr. Diese Aufgaben sind im Folgenden sowohl bei den Verbandsgemeinden als auch bei den Ortsgemeinden näher ausgeführt.

Eine große kreisangehörige Stadt ist eine verbandsfreie Stadt mit zusätzlichen Aufgaben, etwa der unteren Bauaufsichtsbehörde. Das Stadtoberhaupt einer großen kreisangehörigen Stadt ist eine Oberbürgermeisterin oder ein Oberbürgermeister.

Alle anderen verbandsfreien Städte und Gemeinden werden von einer hauptamtlichen Bürgermeisterin oder einem hauptamtlichen Bürgermeister geführt. Alle Stadt- und Gemeindeoberhäupter werden direkt, also von allen wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern, auf acht Jahre gewählt. Der Stadtrat oder Gemeinderat mit seinen 22 bis 48 Ratsmitgliedern wird jeweils für fünf Jahre gewählt.

Neben diesen Städten und Gemeinden gehören die **Verbandsgemeinden** den Landkreisen an. Die Verbandsgemeinde als kommunale Körperschaft ist eine rheinland-pfälzische Besonderheit. Die Zahl der Ortsgemeinden, die in einer Verbandsgemeinde zusammengefasst sind, variiert sehr stark: So hat die Verbandsgemeinde Deidesheim 4 Ortsgemeinden, die Verbandsgemeinde Daun in der Eifel zählt 38 Ortsgemeinden. Bis zu 51 Ortsgemeinden sind in einer Verbandsgemeinde organisiert.

Die Verbandsgemeinde wird hauptamtlich verwaltet und erfüllt insbesondere folgende Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung:

- Brandschutz und technische Hilfe
- Bau und Unterhaltung von zentralen Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen
- Bau und Unterhaltung von überörtlichen Sozialeinrichtungen
- Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
- Flächennutzungsplanung.

Als Auftragsangelegenheiten für das Land gehören zu ihren Aufgaben

- das Meldewesen, das Pass- und Personalausweiswesen
- die Aufgaben eines Standesamtes
- das Gaststättenrecht.

Für ihre **Ortsgemeinden** übernimmt die Verbandsgemeinde folgende Aufgaben:

- Verwaltung des Personals der Ortsgemeinden
- Verwaltung der Abgaben, zum Beispiel Gemeindesteuern
- Kassengeschäfte der Ortsgemeinden
- gerichtliche Vertretung
- Durchführung von Vergabeverfahren (Aufträge an Firmen).

Alle übrigen Aufgaben nehmen die Ortsgemeinden wahr:

- Aufstellung von Bebauungsplänen
- Fremdenverkehrsförderung

- Förderung der örtlichen Vereine
- Kommunale KiTa
- Sport- und Freizeitanlagen, Spielplätze
- Friedhof
- Dorfgemeinschaftshaus, Gemeindebibliothek, -museum und -archiv.

Die Ortsgemeinden werden von einer ehrenamtlichen Ortsbürgermeisterin oder einem ehrenamtlichen Ortsbürgermeister geführt. Anders als die hauptamtlichen kommunalen Kolleginnen und Kollegen werden sie gemeinsam mit den Gemeinderäten alle fünf Jahre neu gewählt.

Die Größenunterschiede der Kommunen

Auf den ersten Blick wirkt alles folgerichtig: Kleine Ortsgemeinden sind in Verbandsgemeinden gebündelt. So können auch kleine Dörfer ihre Eigenständigkeit behalten, die Verwaltung übernimmt die Verbandsgemeinde. Zusammen mit den verbandsfreien Städten und Gemeinden und den großen kreisangehörigen Städten gehören diese Verbandsgemeinden einem Landkreis an. Größere Städte sind in der Regel kreisfrei, das heißt, diese Städte übernehmen auch die Aufgaben, die ansonsten die Landkreise haben.

Diese Einteilung hängt im Normalfall mit der Bevölkerungszahl einer kommunalen Körperschaft zusammen. Mit dieser Zahl sinkt sinnvollerweise auch der Anteil an kommunalen Aufgaben. Denn

Wussten Sie...

dass die Verwaltung in Deutschland – ob Bund, Land oder Kommune – nach den gleichen Grundsätzen arbeitet? Mehr finden Sie hier: www.bund.de – unter „Für Bürgerinnen und Bürger“ auf den Menüpunkt „Behörden“ und dann im Text auf „Grundsätze der Verwaltung“ klicken.

die Einwohnerzahl ist ein entscheidender Hinweis auf die Leistungsfähigkeit einer Kommune: Sie ist zum Beispiel ein Bemessungsfaktor für die Steuereinnahmen, und sie spiegelt auch die Zahl derjenigen, die die Dienstleistungen einer Kommune nutzen. Das ist wichtig für die Personalkapazitäten in einer kommunalen Verwaltung.

In Rheinland-Pfalz gibt es deutliche Größenunterschiede innerhalb der einzelnen Gruppen der Kommunen. Die letzte Kommunalreform in Rheinland-Pfalz lief Ende der 1960er Jahre an und wurde 1972 abgeschlossen. Seit dieser Zeit hat sich vieles verändert, anderes wurde damals festgeschrieben und hat sich bis heute erhalten.

So hat beispielsweise die kleinste Ortsgemeinde Dierfeld 7 Einwohnerinnen und Einwohner – mit Ortsbürgermeister und Gemeinderat. Sie ist genauso Teil einer Verbandsgemeinde wie die Stadt Konz mit mehr als 17.700 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Lahnstein ist eine große kreisangehörige Stadt – mit etwas mehr als 18.200 Einwohnerinnen und Einwohnern. Dagegen ist Bad Neuenahr-Ahrweiler mit

mehr als 27.500 Einwohnerinnen und Einwohnern eine verbandsfreie Gemeinde – ohne den Status einer großen kreisangehörigen Stadt. Die kleinste kreisfreie Stadt, die also sämtliche kommunalen Aufgaben selbst wahrnimmt, ist Zweibrücken mit 34.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Neuwied dagegen ist mit 67.000 Einwohnerinnen und Einwohnern fast doppelt so groß, aber „nur“ große kreisangehörige Stadt.

Auch bei den Landkreisen variiert die Größe. Der bevölkerungsreichste Landkreis Mayen-Koblenz hat knapp 214.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der kleinste Landkreis Vulkaneifel hat 63.800 Einwohnerinnen und Einwohner. Er ist mit 911 Quadratkilometern Fläche aber einer der größeren in Rheinland-Pfalz. So zeigt sich, dass auch die Fläche ein wichtiges Kriterium ist.

Die aktuelle Kommunal- und Verwaltungsreform soll die Leistungsfähigkeit der verschiedenen kommunalen Körperschaften sichern – auch für eine Zukunft mit sinkenden Einwohnerzahlen. Denn davon hängt auch die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger ab.

Die Sicht der Landesregierung

Ein Beitrag von Karl Peter Bruch, Minister des Innern und für Sport



Karl Peter Bruch

Überschaubare Größenverhältnisse, besondere Bürgernähe und ein grundsätzlicher Respekt vor gewachsenen Strukturen sind seit dem nunmehr 60-jährigen Bestehen unseres Landes ein besonderes Markenzeichen von Rheinland-Pfalz. Dies gehört über alle Parteigrenzen hinweg zum politischen Grundverständnis der Landespolitik. Die Landesregierung will und wird von diesen Identität stiftenden Grundlagen nicht ohne Not abkehren, sondern das Bewährte fortentwickeln und fit machen für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.

Die Landesregierung steht in der Verantwortung. Die Kommunen sind die wichtigsten Träger der allgemeinen Verwaltung. Es gilt, ihnen Rahmenbedingungen zu sichern, in denen sich kommunale Selbstverwaltung weiterhin kraftvoll und bürgernah entfalten kann. Nur weiterhin leistungsfähige Kommunalstrukturen ermöglichen eine öffentliche Infrastruktur, die angemessen, nachhaltig und flächendeckend sichergestellt und zukunftsgerecht gestaltet ist. Nur so kann die Bevölkerung weiterhin mit Verwaltungsleistungen und öffentlichen Einrichtungen versorgt werden.

Seit der großen Funktional- und Gebietsreform in Rheinland-Pfalz sind über 30 Jahre vergangen. Angesichts des Wandels von Aufgaben, Technologien und Bevölkerungsstrukturen wäre die kommunale Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz gefährdet, wenn die kommunalen Rahmenbedingungen auf Dauer unverändert blieben.

Wir fangen bei der Kommunal- und Verwaltungsreform nicht bei Null an. Mit der zum 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung, die sich grundsätzlich bewährt hat, ist eine gute Grundlage für weitere Reformen geschaffen worden. Dennoch wird auch die Landesverwaltung nochmals nach Aufgaben durchforstet, die auf der kommunalen Ebene besser erledigt werden können.

Der bisherige rheinland-pfälzische kommunale Verwaltungsaufbau mit den Ebenen der Landkreise, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, verbandsfreien Städte und Gemeinden, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden hat sich grundsätzlich bewährt. Gerade das Modell der Verbandsgemeinde mit der Bewahrung der rechtlichen Eigenständigkeit der Ortsgemeinden hat das bürgerschaftliche Engagement unterstützt und gestärkt.

Die Kommunal- und Verwaltungsreform soll drei Bereiche umfassen:

- Optimierung der Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben
- Optimierung von Verfahrensabläufen
- Optimierung der kommunalen Gebietsstrukturen.

Sobald feststeht, welche Aufgaben die kommunalen Körperschaften in Zukunft wahrnehmen sollen, geht es in einem nächsten Schritt darum, über den passenden Gebietszuschnitt zu reden. Hier

„Verwaltungsreform geht jeden an“

Verwaltungswissenschaftler Prof. Dr. Jan Ziekow im Gespräch



Prof. Dr. Jan Ziekow

Dr. Jan Ziekow lehrt und forscht seit 1997 als Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Seit 2001 ist der 48jährige Jurist Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer. Als solcher steht er dem Bund und den Bundesländern, beispielsweise bei Reformvorhaben, als Experte zur Verfügung – wie jetzt in Rheinland-Pfalz. Bei den Bürgerkongressen wird sein Beitrag die Visions- und Ideenphase einleiten.

■ *Herr Ziekow, als Leiter des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer haben Sie vermutlich den Überblick: Sind Reformen in Deutschlands Verwaltungen gerade im Trend?*

Ich kann natürlich nur hoffen, dass Verwaltungen es als Daueraufgabe verstehen, sich stets auf veränderte Bedingungen einzustellen und sich anzupassen. Aber in der Tat haben wir seit sechs, sieben Jahren eine Tendenz – gerade in den Bundesländern – sich grundlegend Gedanken zu machen, wie Verwaltungsaufgaben zwischen den verschiedenen Ebenen verteilt werden können. Da ist einmal die zentrale Ebene mit Landesoberbehörden und Ministerien, da sind die Mittelinstanzen und – auch das ist ja keine gleichförmige Masse – die verschiedenen kommunalen Ebenen. Hinsichtlich der Zuordnung von Verwaltungsaufgaben zu diesen Ebenen gab es in einigen Bundesländern neue Ansätze. Rhein-

land-Pfalz war mit der Umstrukturierung der Mittelinstanzen im Jahr 2000 durchaus ein Vorreiter dieser Entwicklung.

■ *Was sind die Dreh- und Angelpunkte solcher Reformen?*

Der allererste Schritt ist eine Überprüfung der Verwaltungsaufgaben: Haben wir eventuell zu viele, können wir uns von Aufgaben trennen? Das nennt man Aufgabenkritik. Was dann noch übrig bleibt, wird wieder geprüft: Wer kann diese oder jene Aufgabe am besten erfüllen? Für viele Aufgaben ist eine Landeszentralverwaltung zum Beispiel wenig geeignet. Sie soll in erster Linie politisch steuern und nicht den Vollzug ausüben. Dann muss man weiter überlegen: Welche Aufgaben können „nach unten“, also auf die staatlichen Mittelinstanzen oder auf die kommunale Ebene verlagert werden? Ist dort die Kreisverwaltung oder – wir haben in Rheinland-Pfalz ja drei Stufen der kommunalen Selbstverwaltung – die Verbandsgemeinde oder gar die Ortsgemeinde besser geeignet? Was sind die Prioritäten? Ist uns eine Präsenz in der Fläche wichtig? Geht es primär um Kostenersparnis? In Rheinland-Pfalz scheint mir die politische Zielvorgabe noch bewusst weitgehend offen zu sein, sie schließt nichts aus. Die Bürgerkongresse sind dazu da, wichtige Anregungen, nämlich die Sicht der Bürgerinnen und Bürger, für die Entscheidungsfindung zu liefern. Verwaltungsreform geht schließlich jeden an.

eine Reminiszenz an den Freiherr vom Stein. So hat Anfang des 19. Jahrhunderts einmal die kommunale Selbstverwaltung begonnen. Diesen Ansatz auf die Ebene eines ganzen Bundeslandes zu übertragen, ist neu und hat Pionierfunktion für die Chancen und möglicherweise auch die Grenzen von Beteiligung.

■ *Zurück zur Reform selbst: Was sind die Hauptgründe dafür, dass so viele Bundesländer in Reformprozesse einsteigen?*

Der stärkste Impuls für eine Reform – den haben wir hier aber glücklicherweise nicht – ist die existenzielle Krise. Es wäre auch zu kurz gesprungen, zu sagen, es sei allein die Verschlechterung der öffentlichen Haushaltslagen. Das kann sicher auch ein Auslöser sein. Aber wir haben beispielsweise – und das sollte man wirklich nicht unterschätzen – einen nachhaltigen demografischen Wandel zu verzeichnen. Dieser wird die Unterschiede zwischen Stadt und Land möglicherweise zuspitzen und kann innerhalb ländlich strukturierter Gebiete zu einer sehr unterschiedlichen Bevölkerungsverteilung führen. Darauf muss man reagieren.

Zum Beispiel hat es nicht viel Sinn, eine Gemeindeverwaltung aufrechtzuerhalten, wenn am Ende dort noch 100 Bürgerinnen und Bürger wohnen. Andererseits gibt es technologische Sprünge durch die Informationstechnologie. Das so genannte E-Government („elektronisches Regieren“) macht heute Arbeitsabläufe über größere Distanzen möglich und beschleunigt sie.

Eine Reform schaut, ob die jetzigen Strukturen und Abläufe allen diesen Wandlungen überhaupt noch angemessen sind. Wo kann ich effizienter werden, vielleicht sogar neue Schwerpunkte setzen? Wie kann ich meine Aufgaben so erfüllen, dass die Bürgerinnen und Bürger noch zufriedener sind? Und so verstehe ich den Stand der Reform in Rheinland-Pfalz: Es geht jetzt um die Frage, wohin sich diese Reform bewegen soll.

■ *Sehen Sie zwischen Bürgernähe und dem Ziel, Aufgaben zu bündeln, keinen Widerspruch?*

Nein, das muss sich überhaupt nicht widersprechen. Es ist so: Man wird einen persönlichen Ansprechpartner im Amt für viele Fälle niemals ersetzen können. Aber man kann sich natürlich Lösungen vorstellen, bei denen Bürgerbüros eingerichtet werden, die nicht die volle Sachbearbeitung, wohl aber den vollen Bürgerservice vor Ort leisten, alles besprechen, Unterlagen entgegennehmen, Probleme weiterleiten. Und weiter entfernt befindet sich dann das so genannte „back office“, wo bearbeitet wird, was im Bürgerbüro gebündelt wurde.

Bürgernähe und effiziente Verwaltung passen also gut zusammen.

Die wissenschaftliche Begleitung

Politikwissenschaftler der Universität Koblenz-Landau begleiten und bewerten die Bürgerbeteiligung



Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli
Geschäftsführender
Institutsleiter (Institut für
Sozialwissenschaften,
Abt. Politikwissenschaft)

Der Umfang und die Art der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz ist bundesweit einmalig. Dieser Beteiligungsprozess wird von der Abteilung Politikwissenschaft des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau wissenschaftlich begleitet.

Ziel der Begleitforschung ist es, alle Beteiligungsmaßnahmen – also neben den Bürgerkongressen beispielsweise auch die Planungszellen im Juni (siehe dazu auch Seite 17) – von neutraler Seite zu bewerten. Dies geschah bereits seit Beginn der Regionalkonferenzen für politisch engagierte Ratsmitglieder sowie politisch Verantwortliche im vergangenen Jahr. Mit den Ergebnissen berät das Forscherteam kontinuierlich die Landesregierung. Das soll auch dazu beitragen, die Qualität des Gesamtprozesses zu sichern.

Die Qualität der Bürgerbeteiligung bewerten die Wissenschaftler nach unterschiedlichen Kriterien. So ist unter anderem die Durchschaubarkeit und Offenheit der Beteiligung ein wichtiger Aspekt. Wie sehen dies die Bürgerinnen und Bürger? Dazu werden sie befragt.

Ein solcher Beteiligungsprozess verlangt aber auch innerhalb der Landesregierung ein hohes Maß an Abstimmung. Welche Voraussetzungen sind notwendig, um die Basis für die Bürgerbeteiligung zu schaffen? Auch hier bewerten die Wissenschaftler sowohl die Vorgehensweise als auch die Ergebnis-

se. Darüber hinaus verfolgen sie das Echo in den Medien.

Bei allen Bürgerkongressen sind die Wissenschaftler zur Dokumentation und Beobachtung vor Ort und sprechen mit zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Gespräche finden auf freiwilliger Basis statt. Gegen Ende des Bürgerkongresses sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, einen Fragebogen auszufüllen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, bei der wissenschaftlichen Langzeituntersuchung mitzumachen.

Das Wissenschaftlerteam der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, bittet um Unterstützung seiner Arbeit, da die gewonnenen Informationen für das Gelingen der gesamten Bürgerbeteiligung von Bedeutung sind. Alle Angaben werden absolut vertraulich behandelt und anonymisiert.

Bei Rückfragen wenden Sie sich einfach an das Team der wissenschaftlichen Begleitung.



Mathias König,
Diplom-Sozialwissenschaftler



Wolfgang König,
Diplom-Sozialwissenschaftler

Ihre Ansprechpartner

■ Für organisatorische Fragen vor dem Kongress:

Ihre Ansprechpartnerin bei cg konzept, Freiburg, ist Angela Lüchtrath.

Sie erreichen sie persönlich unter Tel.: (07 61) 6 81 51 51 zu folgenden Zeiten:

dienstags 18.00 - 21.00 Uhr

mittwochs 10.00 - 13.00 Uhr

donnerstags 13.00 - 16.00 Uhr

und per E-Mail unter anmeldung@cg-konzept.de

■ Für inhaltliche Rückfragen:

Ansprechpartner im Ministerium des Innern und für Sport ist

Hubert Stubenrauch, Referatsleiter Kommunales Verfassungsrecht,

Tel.: (0 61 31) 16 32 32

E-Mail: Hubert.Stubenrauch@ism.rlp.de

■ Für Fragen zur wissenschaftlichen Begleitung der Bürgerkongresse:

Ansprechpartner im Forschungsteam der Universität Koblenz-Landau sind

Mathias König

koenig-mathias@uni-landau.de

Tel.: (0 63 41) 14 64 52

Wolfgang König

koenig-wolfgang@uni-landau.de

Tel.: (0 63 41) 14 64 53

12. April 2008
Ludwigshafen am Rhein
10 bis 18 Uhr

Hier findet der Bürgerkongress statt:
BASF-Feierabendhaus
Leuschnerstraße 47
67063 Ludwigshafen

Anfahrtsbeschreibung:

- *Mit dem ÖPNV*

Hauptbahnhof: Vor dem Bahnhof nehmen Sie rechts die Rolltreppe und gehen zur Straßenbahnhaltestelle. Mit der Straßenbahn, Linie 10 fahren Sie bis Haltestelle Bremsenstraße/Klinikum. Von der Haltestelle gehen Sie ca. 10 m nach rechts in die Bremsenstraße und dann bis zur Leuschnerstraße. Gleich rechts liegt das Feierabendhaus; ca. 3-5 Gehminuten.

- *Mit dem PKW*

Aus Koblenz/Speyer (Autobahn A61): Fahren Sie am Kreuz Ludwigshafen auf die A650. Bei AS Ludwigshafen-Stadt, fahren Sie ab auf die B44. Fahren Sie nach 380 m halb rechts auf die Bruchwiesenstraße und nach 1,74 km links auf den Goerdelerplatz. Nach 140 m weiter auf die Leuschnerstraße und nach 290 m rechts auf die Anilinstraße. Dann nach 190 m links in den 4. Gartenweg. Das Gebäude befindet sich auf der rechten Seite.

Aus Speyer (B 9): Bei AS Oggersheimer Kreuz fahren Sie nach 2,86 km auf die A650. Bei AS Ludwigshafen-Stadt fahren Sie ab auf die B44, nach 380 m halb rechts auf die Bruchwiesenstraße und nach 1,74 km links auf den Goerdelerplatz. Nach 140 m weiter auf die Leuschnerstraße, nach 290 m rechts auf die Anilinstraße und nach 190 m links in den 4. Gartenweg. Das Gebäude befindet sich auf der rechten Seite.

BASF-Parkplätze befinden sich in der Leuschnerstraße (sog. Parkinseln); gebührenfrei, maximal 5 Minuten Fußweg.

Informationen zum Veranstaltungsort bzw. Stadtplan:
www.ludwigshafen.de

19. April 2008
Bingen am Rhein
10 bis 18 Uhr

Hier findet der Bürgerkongress statt:
NH-Hotel (Navarra-Hotels)
Kongresszentrum
Am Rhein-Nahe-Eck
55411 Bingen am Rhein

Anfahrtsbeschreibung:

- *Mit dem ÖPNV*

Hauptbahnhof Bingen (Bingerbrück): Vom Bahnhofsvorplatz gehen Sie in Richtung Innenstadt bis zur Nahebrücke. Am Ende der Brücke nehmen Sie die Fußgängerunterführung Richtung Rheinvorgelände. (Rhein-Nahe Eck mit NH-Hotel und Kongresszentrum); ca. 10 Gehminuten.

Bahnhof Bingen: Vom Binger Stadtbahnhof wenden Sie sich mit Blick zum Rhein nach links. Eine Fußgängerunterführung bringt Sie zum Landesgartenschaugelände. Sie laufen links daran entlang und erreichen das Kongresszentrum nach ca. 12 Gehminuten.

- *Mit dem PKW*

Wegen der Landesgartenschau in Bingen stehen direkt am NH-Hotel keine ausreichenden Parkplätze zur Verfügung. Bitte parken Sie auf dem „Großparkplatz Ost“ der Landesgartenschau Bingen kurz vor dem Ortseingang Bingen-Kempton.

Anfahrtsbeschreibung zum Großparkplatz Ost der Landesgartenschau Bingen: BAB 60 bis Ausfahrt Bingen-Kempton, von dort geradeaus in Richtung Bingen fahren. Der Großparkplatz Ost liegt rechter Hand kurz vor dem Ortseingang Bingen-Kempton und ist gut sichtbar ausgeschildert.

Wichtig: Parkberechtigung

Die Parkplatz-Beschäftigten der Landesgartenschau werden Ihnen gerne bei Vorzeigen Ihrer Kongress-Einladung eine Parkkarte aushändigen, die zum kostenfreien Parken während der gesamten Kongressdauer berechtigt. Am Parkplatzeingang steht Ihnen ab 9.00 Uhr ein Shuttle-Dienst der Landesgartenschau kostenlos zur Verfügung. Die Fahrtzeit zum NH-Hotel beträgt ca. 5 Minuten. Bitte achten Sie darauf, nur das Shuttle zu benutzen, das als **Sonderfahrt zum Bürgerkongress im NH-Hotel** kenntlich gemacht ist, da die übrigen Shuttles nur bis zum Haupteingang der Landesgartenschau fahren.

Informationen zum Veranstaltungsort bzw. Stadtplan:
www.bingen.de

<p>26. April 2008 Lahnstein 10 bis 18 Uhr</p>	<p>17. Mai 2008 Kaiserslautern 10 bis 18 Uhr</p>	<p>31. Mai 2008 Trier 10 bis 18 Uhr</p>
<p>Hier findet der Bürgerkongress statt: Stadthalle Lahnstein Kirchstraße 1 56112 Lahnstein</p> <p>Anfahrtsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Mit dem ÖPNV</i> Bahnhof Oberlahnstein: Vor dem Bahnhof gehen Sie links in Richtung Kirche. Dann biegen Sie nach rechts in die Kirchstraße ein. Nach 50 m gehen Sie links in die Hochstraße und dann nach weiteren 50 m erreichen Sie direkt den Salhofplatz mit Stadthalle; ca. 5 Gehminuten. Hauptbahnhof Koblenz: Sie gehen zur Bushaltestelle und fahren dann weiter mit der Linie 571 bis zum Salhofplatz; unmittelbar vor der Stadthalle. • <i>Mit dem PKW</i> <i>Von der B 42 kommend:</i> Ausfahrt „Burg Lahneck – Oberlahnstein“ (diese Ausfahrt gibt es nur einmal). Im Kreis rechts der Straße Richtung Tourist-Info folgen. Am Ende der Strecke können Sie nur rechts fahren. Sie befinden sich auf der Adolfstraße. Jetzt noch zweimal links und Sie sind nach 100 m da. Auf der kompletten Strecke finden Sie auch Schilder zur Stadthalle oder zur Tourist-Info. Die ganze Strecke ab Abfahrt ist etwa 1,5 km lang. Großer Parkplatz am Rhein, ca. 100 Plätze, gebührenfrei; ca. 4-5 Minuten Fußweg. Zusätzlich dazu wird der Parkplatz Salhofplatz direkt vor der Halle am 26. April für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerkongresses kostenfrei zur Verfügung gestellt. <p>Informationen zum Veranstaltungsort bzw. Stadtplan: www.lahnstein.de</p>	<p>Hier findet der Bürgerkongress statt: Burgherrenhalle Burgherrenstraße 67661 Kaiserslautern-Hohenecken</p> <p>Anfahrtsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Mit dem ÖPNV</i> Hauptbahnhof: Vom Hauptbahnhof gehen Sie zur Bushaltestelle (Bahnhofstraße). Mit der Linie 102, Abfahrt: 8.06, 8.21, 9.06 und 9.21 Uhr; der Linie 105, Abfahrt: 8.19, 8.49 und 9.19 Uhr oder der Linie 107, Abfahrt: 8.04, 8.34, 9.04, 9.34 Uhr fahren Sie zur Stadtmitte (Haltestelle Rathaus). Die Fahrtdauer zur Stadtmitte beträgt etwa 8 Minuten. Dann steigen Sie um in die Linie 111; Abfahrt: 8.30, 9.30 Uhr und fahren bis zur Haltestelle Burg (direkt vor der Burgherrenhalle). Die Fahrtdauer der Linie 111 von der Haltestelle Rathaus bis zur Haltestelle Burg beträgt etwa 17 Minuten. Rückfahrt: 17.45, 18.00, 18.15; 18.45 Uhr. Alternativ können Sie ein Taxi nehmen: Die Fahrzeit dauert ca. 15 Minuten und der Preis beträgt etwa 12 Euro. • <i>Mit dem PKW</i> <i>Aus den Richtungen Saarbrücken und Mannheim:</i> Abfahrt KL-West, Richtung Pirmasens B 270, links ab in die Deutschherrenstraße, an der Kreissparkasse rechts ab in die Burgherrenstraße, nach ca. 400 m rechts Parkplatz Burgherrenhalle. Beschilderung „Burgherrenhalle“ folgen! <i>Von Pirmasens B 270 kommend:</i> Am Schnellimbiss rechts ab, über die Brücke in die Burgherrenstraße, nach ca. 400 m links Parkplatz Burgherrenhalle. <p>Informationen zum Veranstaltungsort bzw. Stadtplan: www.kaiserslautern.de</p>	<p>Hier findet der Bürgerkongress statt: Europahalle – Penta Hotel Kaiserstraße 29 54290 Trier</p> <p>Anfahrtsbeschreibung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Mit dem ÖPNV</i> Hauptbahnhof: Vor dem Bahnhofsgebäude nehmen Sie den Bus, Linie 3, Richtung Feyen oder Igel und fahren bis zur Haltestelle Karl-Marx-Haus. Dort überqueren Sie den Fußgängerüberweg in Richtung Viehmarkt/Europahalle; ca. 5 Gehminuten. • <i>Mit dem PKW</i> <i>Von der Autobahn Koblenz/Saarbrücken:</i> Von der A 48 / A 1 ab Autobahndreieck Moseltal auf die A 602 Richtung Trier bis Autobahnende. Folgen Sie der Beschilderung EUROPAHALLE. Zurmaiener Straße – Katharinenufer – Krahnenufer, an der Römerbrücke links in die Südallee bis zur 3. Ampelanlage Kreuzung Saarstrasse/Neustraße in die parallel verlaufende Kaiserstraße. <i>Von der Autobahn Luxemburg/Bitburg:</i> A 48 aus Luxemburg Abfahrt Trier auf die B 51 über die Kaiser-Wilhelm-Brücke. Folgen Sie der Beschilderung EUROPAHALLE. Katharinenufer – Krahnenufer, an der Römerbrücke links in die Südallee bis zur 3. Ampelanlage Kreuzung Saarstraße/ Neustraße in die parallel verlaufende Kaiserstraße. Die Benutzung des Öffentlichen Parkhauses „Europahalle“ ist für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerkongresses kostenlos. Sie bekommen bei Einfahrt ein Ticket, das Sie im Hotel gegen ein Frei-Ticket zur Ausfahrt ausgetauscht bekommen. <p>Informationen zum Veranstaltungsort bzw. Stadtplan: www.trier.de</p>

Notizzettel mit ersten anregenden Fragestellungen
zum gedanklichen Vorbereiten

*Wie erleben Sie Verwaltung?
Was läuft gut, was müsste
verbessert werden?*

*Was bedeutet für Sie
bürgernahe Verwaltung?*

*Eine effiziente Verwaltung
in Zeiten des demografischen
Wandels – wie könnte sie
aussehen?*

*Meine Ideen für eine
Verwaltung der Zukunft in
Rheinland-Pfalz:*



Materialienband zu den Bürgerkongressen